

Pressemeldung

Stellungnahme des Netzwerkes zum „Ersttrimester-Screening“ vorgelegt

Wir fordern: Keine selektiven Tests in der frühen Schwangerschaft

Zur Zeit wird sowohl in der Fach- als auch in der Laienpresse das so genannte Ersttrimester- oder Frühscreening in der Schwangerschaft propagiert. Bereits in der 10. bis 12. Schwangerschaftswoche soll die statistische Wahrscheinlichkeit chromosomaler und organischer Fehlbildungen errechnet werden. Als Ergebnis erhält die Frau eine „Risikoabschätzung“, die ab einem gesetzten Richtwert zu einer weiterführenden Pränataldiagnostik führt und die Frau/das Paar je nach Befund letztendlich mit der Entscheidung über einen Schwangerschaftsabbruch konfrontiert. Das Ersttrimester-Screening, gelegentlich auch „Down-Syndrom-Screening“ genannt, gehört nicht zum Standard der Schwangerenvorsorge, wie er in den Mutterschaftsrichtlinien festgelegt ist. Dennoch soll es allen Schwangeren als selbst zu zahlende Leistung angeboten werden. Entsprechend wird es als eine besonders gute Vorsorge, die die Kassen den Frauen aus Kostengründen vorenthalten, beworben und empfohlen.

- Die Zielsetzung des Frühscreenings ist ausschließlich selektiv.
- Das Ersttrimester-Screening widerspricht unserem Verständnis von einer frauenbezogenen und psychosomatisch orientierten Schwangerenvorsorge. Es konfrontiert Frauen/Paare zu einem sehr frühen Zeitpunkt mit einem technischen, distanzierenden Umgang mit Schwangerschaft.
- Die als Ersttrimester-Screening propagierten Untersuchungen erfüllen nicht die wissenschaftlichen und ethischen Qualitätsstandards, die an ein Screening zu stellen sind.
- Eine eingehende Aufklärung und Beratung über die angebotenen Tests, Voraussetzung für eine informierte Entscheidung der schwangeren Frau, ist in der gynäkologischen Praxis weder möglich noch zu diesem frühen Zeitpunkt sinnvoll.
- Die Einführung des Ersttrimester-Screenings verfolgt vor allem ökonomische Interessen. Verkaufsstrategien in der Schwangerschaft, die die Angst vor Behinderung nutzen, halten wir für einen Skandal.

Im **Netzwerk** haben sich 89 Institutionen und Gruppen der freien Wohlfahrtspflege, Hebammenverbände, kirchliche Organisationen, Selbsthilfe- und Behindertenorganisationen, Frauenprojekte und Gesundheitsläden sowie 147 Einzelpersonen auf der Grundlage der „Frankfurter Erklärung“ zusammengeschlossen. Über das Netzwerk hinaus unterstützen viele Unterzeichner/innen die Stellungnahme: Bundesverband evangelische Behindertenhilfe (BeB); Deutscher Frauenrat; Interessenvertretung Selbstbestimmt Leben Deutschland – ISL; Katholische Frauengemeinschaft Deutschlands (kfd); Bundesvereinigung Lebenshilfe; ReproKult, Frauen Forum Fortpflanzungsmedizin; Berliner Hebammenverband; LAG Hilfe für Behinderte Baden-Württemberg; Landesfrauenbeauftragte des Landes Bremen; Hebammen-Landesverband Brandenburg; Landesverband der Hebammen NRW; Hebammen-Landesverband Thüringen; PUA, Beratungsstelle zu vorgeburtlichen Untersuchungen und bei Risikoschwangerschaften beim Diakonischen Werk Württemberg.

Oktober 2003

Die Stellungnahme ist zu beziehen über:

www.netzwerk-praenataldiagnostik.de

oder über das

Netzwerk gegen Selektion durch Pränataldiagnostik

c/o Bundesverband für Körper- und Mehrfachbehinderte e.V.

Brehmstraße 5-7

40239 Düsseldorf

Mail: ArbeitsstellePND@bvkm.de oder simone.bahr@bvkm.de